



2022/2050(INI)

.11.2022

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für konstitutionelle Fragen

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

zu dem Thema „Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und
Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2022“
(2022/2050(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Victor Negrescu

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- unter Hinweis auf den Bericht über das endgültige Ergebnis der Konferenz zur Zukunft Europas vom 9. Mai 2022, insbesondere auf die Vorschläge 21, 23 und 24,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 9. Juni 2022 zu der Forderung nach einem Konvent zur Überarbeitung der Verträge¹,
- A. in der Erwägung, dass der unrechtmäßige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine den Beginn einer neuen geopolitischen Ära für die Europäische Union markiert und bedeutet, dass eine vollständige Neubewertung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch einen Paradigmenwechsel erforderlich ist;
- B. in der Erwägung, dass ein besonderer Schwerpunkt auf den Schutz der Außengrenzen der Union gelegt werden sollte; in der Erwägung, dass hervorgehoben werden sollte, dass der Schengen-Raum eine wichtige Rolle dabei spielt, den Grenzschutz und Grenzkontrollen sicherzustellen; in der Erwägung, dass im Laufe des Krieges in der Ukraine die Länder an den Außengrenzen der Union zu dem Land unter Beweis gestellt haben, dass sie den Schengen-Besitzstand vollständig anwenden und damit zum Schutz der Außengrenzen der Union beitragen;
- C. in der Erwägung, dass ein besonderer Schwerpunkt auf den Schutz und die Sicherheit der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie auf den Schutz und die Stabilität der Außengrenzen der Union gelegt werden sollte;
- D. in der Erwägung, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Union und ihrem wichtigsten Verbündeten – der NATO, die durch Schweden und Finnland weiter gestärkt werden wird – erforderlich ist;
- E. in der Erwägung, dass auch eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erforderlich ist;
- F. in der Erwägung, dass eine Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich und weiteren gleichgesinnten Demokratien und möglicherweise mit der Europäischen Politischen Gemeinschaft ins Auge gefasst werden sollte, auch in Sicherheits- und Verteidigungsfragen;
- G. in der Erwägung, dass ständige multinationale Einheiten der Union aufgestellt und zum Zwecke der Selbstverteidigung und zu den in den Verträgen vorgesehenen Zwecken eingesetzt werden sollten;
1. bekräftigt seine Forderung nach der Einrichtung eines ständigen Rates der Verteidigungsminister der Union mit sehr weitreichenden Zuständigkeiten, darunter

¹ Angenommene Texte, P9_TA(2022)0244.

traditionelle Angelegenheiten der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), aber auch systematische Maßnahmen gegen Einmischung aus Drittstaaten, die Verbreitung manipulativer Desinformation und andere hybride Bedrohungen, in dem der Vizepräsident der Kommission und Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (HR/VP) den Vorsitz führen sollte;

2. betont, dass sich die Sicherheitslage in Europa seit dem ungerechtfertigten und rechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine erheblich verschlechtert hat; betont, dass sich der Krieg Russlands gegen die Ukraine grundlegend auf die Nachbarländer der Union und allmählich auf den gesamten Kontinent auswirkt; betont, dass die Union ihre Verteidigungskapazitäten ausbauen und mehr Bereitschaft zeigen muss, entschlossen zu handeln, wenn ihre Werte und ihre Sicherheit angegriffen werden; begrüßt, dass die Union auf Russlands Krieg gegen die Ukraine in bislang ungekannter Art und Weise und geschlossen reagiert, auch durch die Bereitstellung militärischer Ausrüstung über die Europäische Friedensfazilität; bekräftigt seine Zusage, die Ukraine bei der Verteidigung ihrer territorialen Unversehrtheit und Souveränität zu unterstützen; fordert die Union auf, ihre Bemühungen fortzusetzen und der Ukraine sämtliche notwendige finanzielle, humanitäre und militärische Hilfe zu gewähren;
3. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, von Artikel 31 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) Gebrauch zu machen, wonach der Rat in Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bestimmte Beschlüsse (etwa in den Bereichen Menschenrechte, Sanktionen oder Aufnahme von Verhandlungen) mit qualifizierter Mehrheit fassen kann; fordert die Mitgliedstaaten auf, ohne weitere Verzögerung uneingeschränkt von der Brückenklausel gemäß Artikel 31 Absatz 3 EUV Gebrauch zu machen; empfiehlt im Hinblick auf die Überarbeitung der Verträge, das Mitentscheidungsverfahren in GSVP-Angelegenheiten auszuweiten;
4. befürwortet die Gründung einer echten Militär- und Verteidigungsunion als Ergänzung zur NATO; ist der Ansicht, dass die operativen Kapazitäten, die erforderlich sind, um die Wirksamkeit der Beistandsklausel gemäß Artikel 42 Absatz 7 EUV sicherzustellen, rasch gestärkt werden sollten; betont, dass im Zuge einer Vertragsänderung Terroranschläge, hybride Angriffe, Desinformationskampagnen und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen durch Drittländer als Sachverhalte festgelegt werden könnten, bei denen Artikel 42 Absatz 7 EUV ausgelöst wird; fordert eine Klarstellung dazu, ob Artikel 42 Absatz 7 EUV automatisch Anwendung findet; hält es für notwendig, eine politische Strategie der Solidarität und Maßnahmen für die operationelle Umsetzung im Hinblick auf die Beistandsklausel zu entwickeln; fordert eine Klarstellung bezüglich des Anwendungsbereichs von Artikel 42 Absatz 7 EUV und des einschlägigen Zusammenhangs mit Artikel 5 des Nordatlantikvertrags;
5. unterstützt die Entwicklung von Mechanismen für die Zusammenarbeit im Bereich der maritimen Sicherheit und der Verteidigung im Schwarzmeerraum in Anbetracht seiner strategischen Bedeutung in der regionalen Sicherheitsarchitektur;
6. erachtet es als sehr wichtig, die Verteidigungszusammenarbeit und die gemeinsamen Bewertungen der Bedrohungslage auf der Ebene der Union auf der Grundlage der Ziele des Strategischen Kompasses zu stärken;

7. ist der Ansicht, dass ein Unionsmechanismus eingerichtet werden sollte, damit Innovationen in den Bereichen Verteidigung und modernste Verteidigungstechnologie allen Mitgliedstaaten zugutekommen; fordert in diesem Zusammenhang eine verstärkte Bündelung der Finanzierung von Forschung und Technologie im Bereich Verteidigung, was in die Entwicklung von Systemen der gemeinsamen Beschaffung münden könnte;
8. bedauert, dass das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Union und dem Vereinigten Königreich bislang nicht auf die GSVP ausgedehnt wurde; bekräftigt, dass eine Vereinbarung zwischen der Union und dem Vereinigten Königreich über die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik notwendig ist, um den gemeinsamen europäischen und globalen Sicherheits Herausforderungen besser begegnen zu können;
9. fordert die Union auf, ihre Organe rationaler zu gestalten und die jeweilige Rolle des Präsidenten des Europäischen Rates, des HR/VP und des Präsidenten der Europäischen Kommission zu klären;
10. bekräftigt, dass das Parlament eine wichtigere Funktion bei der Gestaltung, demokratischen Kontrolle, Überwachung und Evaluierung der GSVP übernehmen muss; fordert in diesem Zusammenhang den HR/VP auf, dem Recht des Parlaments auf Unterrichtung gemäß Artikel 36 EUV uneingeschränkt Geltung zu verschaffen;
11. empfiehlt die Einsetzung eines vollwertigen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Kommission kürzlich eine Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum (DEFIS) eingerichtet hat.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

| | |
|--|--|
| Datum der Annahme | 8.11.2022 |
| Ergebnis der Schlussabstimmung | +: 17 -: 4 0: 1 |
| Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder | Gerolf Annemans, Gabriele Bischoff, Salvatore De Meo, Pascal Durand, Charles Goerens, Sandro Gozi, Brice Hortefeux, Laura Huhtasaari, Victor Negrescu, Giuliano Pisapia, Paulo Rangel, Antonio Maria Rinaldi, Domènec Ruiz Devesa, Jacek Saryusz-Wolski, Helmut Scholz |
| Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter | Cyrus Engerer, Maite Pagazaurtundúa |
| Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7) | Pablo Arias Echeverría, Sunčana Glavak, Niclas Herbst, Leszek Miller, Iuliu Winkler |

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

| 17 | + |
|-----------|---|
| PPE | Pablo Arias Echeverría, Salvatore De Meo, Sunčana Glavak, Niclas Herbst, Brice Hortefeux, Paulo Rangel, Iuliu Winkler |
| Renew | Pascal Durand, Charles Goerens, Sandro Gozi, Maite Pagazaurtundúa |
| S&D | Gabriele Bischoff, Cyrus Engerer, Leszek Miller, Victor Negrescu, Giuliano Pisapia, Domènec Ruiz Devesa |

| 4 | – |
|----------|-----------------------------------|
| ECR | Jacek Saryusz Wolski |
| ID | Gerolf Annemans, Laura Huhtasaari |
| The Left | Helmut Scholz |

| 1 | 0 |
|----------|-----------------------|
| ID | Antonio Maria Rinaldi |

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

– : dagegen

0 : Enthaltung